



# DStGB

Deutscher Städte-  
und Gemeindebund



Kommunaler Spitzenverband  
in Deutschland und Europa

[www.dstgb.de](http://www.dstgb.de)



**DStGB**

Deutscher Städte-  
und Gemeindebund

**DHV-Tagung „Die Zukunft des öffentlichen Sektors“  
6. bis 8. April 2005 in Speyer**

**Die Genossenschaft als Rechts- und Organisationsform  
zwischen Effizienz und Bürgerengagement**

Vortrag von Ulrich Mohn  
Deutscher Städte- und Gemeindebund



## Thesen zum Genossenschaftsprinzip im kommunalen Raum von Ulrich Mohn, Leiter des Rechtsreferats beim DStGB

1. Finanz- und Rechtsentwicklungen verengen dauerhaft den Handlungsspielraum der Kommunen, so dass zur Weiterführung von gemeinschaftsbezogenen Angeboten zunehmend bürgerschaftliches Engagement und Selbstorganisation gefragt ist.
2. Das Genossenschaftsprinzip wurde aus guten Gründen immer wieder von selbst organisierten Gruppen gewählt, um gleich gerichtete Interessen zu bündeln und die Gemeinschaft der Teilhabenden zu stärken.
3. Es zeigt mit der demokratischen Legitimation seiner Organe Nähe zu den Gemeindestrukturen und verzichtet auf die Zuspitzung auf eine „share-holder“-Orientierung privater Unternehmen.
4. Es gibt zahlreiche Anwendungsfelder für dieses Prinzip.



**These 1.** Finanz- und Rechtsentwicklungen verengen dauerhaft den Handlungsspielraum der Kommunen, so dass zur Weiterführung von gemeinschaftsbezogenen Angeboten zunehmend bürgerschaftliches Engagement und Selbstorganisation gefragt ist.

- Keine Entwarnung für Krise der Gemeindefinanzen: So betragen z.B. die kommunalen Kassenkredite in den Kommunen der Flächenstaaten gut 20 Mrd. €
- Angesichts der Finanzausstattung leiden Kommunen unter der Fülle von Pflichtaufgaben, hohen Standards und unnötig hohen Ausgaben wegen der gesetzlich vorgegebenen Bürokratie.
- Bürgerinnen und Bürger erkennen zunehmend, dass ihr Engagement gefragt ist.
- Hierfür gilt es, die jeweils geeignete Organisationsform herauszufinden.



**These 2.** Das Genossenschaftsprinzip wurde aus guten Gründen immer wieder von selbst organisierten Gruppen gewählt, um gleich gerichtete Interessen zu bündeln und die Gemeinschaft der Teilhabenden zu stärken.

- Schon ursprünglichste Formen der Nachbarschaftskooperation folgten dem Prinzip, gleichgerichtete Interessen zu bündeln und damit die Kooperationspartner zu stärken.
- Selbst konkurrierende Partner können hieraus beiderseits Gewinn ziehen, da sie als Teilnehmer an einer starken Gemeinschaft besser dastehen als solche Individuen, die ohne eine solche Gemeinschaft zurecht kommen müssen.
- Es gab in der Geschichte häufig Situationen, in denen die Selbstorganisation von Genossenschaftsmitgliedern Lücken geschlossen hat, die Staat/Kommune und Markt hinterließen.
- Staat/Kommunen sind zunehmend nicht mehr in der Lage, alle Wünsche der Bürgerinnen und Bürger zentral zu erfüllen.



**These 3.** Es zeigt mit der demokratischen Legitimation seiner Organe Nähe zu den Gemeindestrukturen und verzichtet auf die Zuspitzung auf eine „share-holder“-Orientierung privater Unternehmen.

- Das Genossenschaftsprinzip motiviert zu bürgerschaftlichem Engagement: jede Stimme hat den gleichen Zählwert. Das passt zu Strukturen, die sich zwar unterhalb der Größe von Staatlichkeit befinden, in denen aber dennoch das Bedürfnis nach demokratischen Abstimmungsverfahren besteht.
- Die demokratische Legitimation der Organe stellt einen Hauptunterschied zu den auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Kapitalgesellschaften dar. Dort entscheidet die Höhe der Kapitaleinlage über das Gewicht, das der Stimme eines Gesellschafters zukommt.
- Genossenschaft als Königsweg zwischen dem auf Gewinnmaximierung bezogenen Organisationsmodell und dem Modell des Staates, der aufgrund seiner Größe häufig von den einzelnen Mitgliedern als fern empfunden wird? Dies muss im Einzelfall auf Eignung geprüft werden!



## **These 4.** Es gibt zahlreiche Anwendungsfelder für dieses Prinzip.

- soziale Infrastruktur ( Kinderbetreuung, die Nachhilfe für Schüler bis hin zu Pflegeeinrichtungen)
- Sport, Spiel, Freizeit ( Bürgerbad über Spielplätze, vom Tierpark bis zum Museum oder Theater)
- Wohnen und der Quartierpflege (Genossenschaften sorgen für Wohnraum, dass er zum Teil in Eigenregie erhalten bleibt und helfen dabei mit, dass das Zusammenleben gelingt)
- Zu der Frage, ob im Bereich von Verkehr, Ver- und Entsorgungseinrichtungen die Umwandlung in genossenschaftliche Strukturen forciert werden sollte, mag man geteilte Auffassungen haben.

Jedenfalls empfiehlt die Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, bei den immer öfter erforderlichen Neustrukturierungen auch die Möglichkeit der Wahl des Genossenschaftsprinzips in Erwägung zu ziehen.



# DStGB

Deutscher Städte-  
und Gemeindebund

Autor | **Ulrich Mohn**

Fon +49 | 030 - 773 07 211

Fax +49 | 030 - 773 07 255

Marienstraße 6

D-12207 Berlin, Germany

**[ulrich.mohn@dstgb.de](mailto:ulrich.mohn@dstgb.de)**

[www.dstgb.de](http://www.dstgb.de)

